

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.73.RFA/RDA réunification-AJ/HIC Bern, 25. September 1990

Notiz an Presse- und InformationsdienstAntworten auf die Fragen des "Brückenbauers" an Bundesrat René Felber im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung

1. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam es nicht zur Teilung Deutschlands, weil die massgebenden Mächte dieses Deutschland aus Angst vor seiner Grösse zerstückeln wollten, sondern weil der ideologische Gegensatz zwischen Ost und West zur Teilung des Kontinents führte. Auf Grund der Ergebnisse der Konferenzen von Jalta und Potsdam, verlief die Grenzlinie mitten durch Deutschland. Nachdem nun der genannte ideologische Gegensatz abgebaut werden konnte und der Kalte Krieg ein Ende findet, ist es nur normal, dass das, - wie Willy Brandt es ausdrückte - was zusammengehört, nun auch zusammenwächst. Anders als im Jahre 1870 hat die deutsche Vereinigung heute ihren Ursprung in einer Volksbewegung in der DDR. Es besteht auch kein Zweifel, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik diese Einigung will. Im Gegensatz dazu war die Reichsgründung im letzten Jahrhundert das Werk der preussischen Staatsführung und ein Instrument der Machtpolitik im Zeitalter der Nationalismen. Sie war zudem das Resultat einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Frankreich und unter anderem gegen dieses Land gerichtet, während sie heute mit der Unterstützung der Siegermächte erfolgt und keine Spitze gegen ein anderes Land aufweist.

Erstmals in der Geschichte unseres Landes werden wir somit ein geeintes Deutschland zum Nachbarn haben, das denselben demokratischen, freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Werten verpflichtet ist, wie sie auch für uns Geltung haben.

Alle Anzeichen deuten im übrigen auf eine grosse Kontinuität in der Aussenpolitik Deutschlands hin. Unser nördlicher Nachbar wird Mitglied der Nordatlantischen Allianz bleiben und die bisherige europäische Integrationspolitik der Bundesregierung fortsetzen, auch wenn in den nächsten Jahren sehr viel Gewicht auf die Entwicklung in den ehemaligen Gebieten der DDR gelegt werden muss.

Bei allem Verständnis für die Gedankengänge jener Menschen, die die dunklen Phasen der deutschen Geschichte zum Anlass nehmen, vor dem grossen Deutschland zu warnen, vermag ich somit auf Grund einer rationalen Analyse der sich abzeichnenden Entwicklung keine deutsche Bedrohung, wohl aber viele Chancen für eine bessere Zukunft Europas auszumachen.

2. Wie bereits ausgeführt, glaube ich nicht, dass vom Vereinigten Deutschland eine Gefahr ausgehen könnte. Im militärischen Bereich, hat sich die deutsche Regierung bereits für eine Beschränkung ihrer Streitkräfte auf 370'000 Mann ausgesprochen und verpflichtete sich zudem im Abkommen mit den Siegermächten, ABC-Waffen weder selbst zu entwickeln, noch anzuschaffen. Die wirtschaftliche Stärke und Interessenlage Deutschlands müssen überdies eher als Chance denn als Gefahr für Europa betrachtet werden. Das sich weiter integrierende Europa kann nur mit starken Volkswirtschaften die gemeinsamen Aufgaben in Westeuropa und vor allem auch in dem sich umstrukturierenden Ost- und Mitteleuropa bewältigen.
3. Die Schweizerische Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik wird sich im Gefolge des Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten in ihren Grundzügen nicht ändern. Deutschland bleibt unser wichtigster Handelspartner und wird in politischer Hinsicht an Bedeutung noch gewinnen. Aufgrund der fortschreitenden Europäischen Integration und der gewaltigen internen Aufgaben, die die deutsche Vereinigung mit sich bringt, wird umgekehrt das Interesse Deutschlands an der Schweiz nicht absolut, aber vielleicht in Relation zu anderen

Partnern an Bedeutung verlieren. Wir werden darum gut daran tun, unsere Anstrengungen im bilateralen Verhältnis zur Pflege der schon heute sehr guten Beziehungen noch zu steigern.

4. Einem Bürger, der mir schreibt, er habe Angst vor dem neuen Deutschland, werde ich die Situation erläutern, wie ich es auch Ihnen gegenüber tue.

5. Die zwölf Staaten der Europäischen Gemeinschaft haben insgesamt eine Bevölkerung von 336 Mio. Menschen. Davon entfallen nicht ganz ein Viertel auf das vereinigte Deutschland. Im Ministerrat, dem entscheidenden Organ der EG, verfügt Deutschland auch künftig gleich wie die andern grossen Staaten Frankreich, Grossbritannien und Italien, über 10 von insgesamt 76 Stimmen. Da schon heute die überwiegende Zahl aller Entscheidungen im heutigen Zuständigkeitsbereich der EG als Mehrheitsentscheidungen gefällt werden und in jenen Bereichen, wo weiterhin Einstimmigkeit verlangt wird, jedes Mitgliedsland die Möglichkeit hat, sein Gewicht gebührend zur Geltung zu bringen, ist die Wahrscheinlichkeit einer deutschen Dominanz innerhalb der EG eher als gering zu veranschlagen. Andererseits ist allerdings ein etwas selbstbewussteres Auftreten Deutschlands auf der internationalen Bühne durchaus eine natürliche Folge der wiedergewonnenen vollen Souveränität. Bei der fortschreitenden Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses wird darum der deutsche Einfluss sicher gross sein.

6. 32 Jahre fortschreitender europäischer Integration vermochten der nationalen Identität der europäischen Staaten in keiner Art und Weise Abbruch zu tun. Im Lichte des bereits Gesagten glaube ich darum nicht, dass Europa in der Zukunft derart auf Deutschland bezogen sein und nationale Identitäten beeinträchtigen wird.

Wir haben es heute weniger mit einem deutschen Europa als mit einem europäischen Deutschland zu tun. Vieles wird allerdings davon abhängen, wie Deutschland die Eingliederung der fünf neuen Bundesländer meistern wird und nicht zuletzt auch davon, wie die übrigen EG-Länder die weitere Europäische Integration vorantreiben werden. Was die Zukunft der Schweiz betrifft, bin ich fest überzeugt, dass nur eine gegenüber Europa offene Schweiz, das heisst eine Schweiz, die an der Integration teilnimmt, den Zusammenhalt und die Identität unseres Landes bewahren kann. Die zentrifugalen Kräfte wären nämlich dann am stärksten, wenn wir durch eine isolationistische Politik unsere Staatsbürger an der Entfaltung der Beziehungen über die Grenzen hinweg hinderten.

7. Auch in den diplomatischen Kreisen werden Bedenken geäussert und da und dort gibt man sich sehr skeptisch. Angesichts der geschichtlichen Erfahrungen der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts sind diese Töne sehr verständlich, und es wäre eigentlich erstaunlich, wenn dem nicht so wäre. Allerdings ändert dies nichts an der Analyse, wie ich sie geschildert habe und die mich persönlich zuversichtlich macht.

8. Das grosse Wirtschaftsgefälle zwischen Westeuropa einerseits und Mittel- und Osteuropa andererseits führt in der Tat zu einem Migrationsdruck, der auch die Schweiz nicht ausspart. Für den Bundesrat war dies mit ein Grund, bereits im Herbst 1989 den eidgenössischen Räten eine Botschaft über Massnahmen zur Unterstützung des Reformprozesses in den ost- und mitteleuropäischen Ländern zu unterbreiten. Die Botschaft, die einen Kredit von 250 Millionen Franken vorsah, wurde vom Parlament im vergangenen März ohne Gegenstimmen gutgeheissen und erlaubt dem Bundesrat, einen Beitrag zur Stabilisierung, und damit letztlich auch zur Bekämpfung des Migrationsdrucks an der Wurzel des Problems zu leisten. Ich bin mir jedoch bewusst, dass dies nur ein Anfang sein kann und weitere Schritte sowohl von der Schweiz allein wie auch im Verein mit anderen Staaten unternommen werden müssen.